

CSU-Vorsitzender Strauß\*: „Bewegung in den Stellungskrieg“

wegung in den Stellungskrieg gebracht werden kann und wie die Union aus den Gräben herauszubringen ist, in denen sie in Gefahr ist, verschüttet zu werden“ (ein Vertrauter).

Im Mittelpunkt seiner Gedankenspiele steht eine strategische Alternative, die Oppositionschef Helmut Kohl so oder so nicht gefallen kann: Auflockern der Parteienlandschaft doch noch durch eine vierte Partei, oder Eintritt in eine Große Koalition mit den Sozialdemokraten — wenn das Jahr 1978 vorübergeht und die Union immer noch nicht in der Bonner Regierung sitzt.

Strauß weiß, daß alles Gerede über eine Große Koalition nur dann einen Sinn macht, wenn Schmidt Kanzler bleiben kann. Daher wird gestreut, die Union sei unter Umständen bereit, als Juniorpartner in einen Bund mit der schwächeren SPD einzutreten und Schmidt die Kanzlerschaft zu lassen. Bedingung: Die Elefantenhochzeit müsse rechtzeitig vor der nächsten Bundestagswahl gefeiert werden.

Denn die Hoffnung, durch Siege in den Landtagswahlen bis Ende 1978 den Wechsel in Bonn zu erzwingen, schwindet allmählich. Kaum einer in der Führung der Christlichen glaubt noch daran, die hessische CDU und ihr Star Alfred Dregger könnten es schaffen, die absolute Mehrheit in Wiesbaden zu ge-

winnen und so die Unionsmehrheit im Bundesrat entscheidend auszubauen.

Der behäbige SPD-Ministerpräsident Holger Börner, der laut Umfragen mehr und mehr von seinem Vorgänger Albert Osswald verscherztes Vertrauen zurückgewinnt, ist ein Gegner, mit dem Dregger bislang nicht zurechtkommt.

Der Pessimismus bei den Unionschristen wächst in dem Maß, in dem ihr Bonner Oppositionsführer Helmut Kohl überstrahlt wird vom Glanz des Helden von Mogadischu, des Volkskanzlers Helmut Schmidt.

Eine Große Koalition, kalkulieren die Strategen vom rechten Flügel, könnte eine elegante Möglichkeit bieten, Kohl als erklärten Gegner eines Zusammengehens mit der SPD loszuwerden. Den Beteuerungen des Mainzers, die FDP werde eines schönen Tages als Koalitionspartner zur Verfügung stehen, glauben sie schon lange nicht mehr. Die Linke in Fraktion und Partei der Liberalen, so die Beobachtung der Strauß-Anhänger, habe inzwischen soviel Einfluß gewonnen, daß Genscher sich einen Schwenk zur Union nicht mehr leisten könne.

Ob die ohnehin bis zum Zerreißen angespannte SPD zu derartigen Manövern in der Lage ist, scheint freilich noch weniger vorstellbar — trotz zaghafter Signale der Sozialdemokraten an die Adresse der Union.

So hatte Fraktionschef Herbert Wehner die Unierten in der SPD-Zeit-

schrift „Neue Gesellschaft“ im Interesse des Staates zum Zusammenstehen im Kampf gegen den Terrorismus aufgerufen. Zugleich rügte er die „Beflissenheit im ‚Zuordnen‘ von Terroristen zu politischen Strömungen, Richtungen und Parteien“, so wie es auch der SPD-Vorsitzende Willy Brandt kurz nach der Schleyer-Entführung zu Lasten der Rechten getan hatte.

Dann erreichte Strauß die Botschaft, Kanzler Schmidt habe in den Tagen der Schleyer-Krise gleich zweimal hintereinander vor Journalisten die CSU als einzige der Bonner Parlamentsparteien für voll funktionsfähig erklärt und die politischen Führungskünste ihres Chefs herausgestellt.

Und aufmerksam registriert wurden auch die Klagen Schmidts, daß er es leid sei, „85 Prozent seiner Kraft und Zeit“ darauf verwenden zu müssen, Entscheidungen vor verschiedenen Gremien zu rechtfertigen und für Mehrheiten zu werben.

Die wachsende Distanz zwischen Schmidt und den linken Flügelmännern seiner Partei paßt ebenso ins Konzept der christlichen Langzeitplaner wie die Erwartung, daß in der Bundesrepublik eher alles noch viel schlimmer kommt: Ob bei Terror, Konjunktur, Arbeitslosigkeit — die Mithilfe der Union werde wegen der unsicher gewordenen Mehrheitsverhältnisse im Bundestag mehr denn je gefragt sein, und „dann kommt eines Tages der Zeitpunkt, wo man sagt, wir machen das nicht mehr umsonst“ (ein Strauß-Berater).

Kanzler Schmidt kommt die verdeckt geführte Diskussion über eine Große Koalition nicht ungelegen, um die eigene Linke zu erschrecken.

Schon schwingt SPD-Fraktionsvize Horst Ehmke einen Knüppel aus ähnlichem Holz. Bei seinen vielfältigen Gesprächen mit Abweichlern von der Fraktionsdisziplin pflegt er zu argumentieren: „Ihr seid ja bürgerliche Pfadfinder, merkt ihr denn nicht, daß ihr Franz Josef Strauß den Weg ins Allparteien-Kabinett ebnet?“

## TERRORISMUS

### Gereinigte Fassung

**Kanzler Schmidts Absicht, eine Dokumentation über die jüngsten Terror-Anschläge zu veröffentlichen, stößt im eigenen Lager ebenso auf Widerspruch wie bei der Opposition.**

Vor dem Bundestag versprach der Kanzler seinem Volk Wiedergutmachung für ein bisher einmaliges Verhalten. Wenn der Fall Schleyer abgeschlossen sei, dann werde die Regierung, so Helmut Schmidt, „alle ihre Entscheidungen, ihre Gründe — auch ihre Zweifel — öffentlich darlegen“;

\* In einer kugelsicheren Kabine bei einer Großkundgebung am 20. Oktober in München.

## „Menschenquälerei ohne Sinn“

Aus der Bonner Terrorismus-Dokumentation

Protokoll-Auszüge eines Kanzleramts-Beamten über seinen Besuch bei Baader am 16. Oktober in Stammheim:

**B**aader war blaß und schien gegenüber Photographien, die mir in Erinnerung waren, sehr gealtert. Das Gespräch dauerte circa 70 Minuten...

Er schien mir innerlich sehr erregt, sehr nervös und war akustisch zum Teil schlecht zu verstehen, weil er nach meinem Eindruck physische Artikulationsschwierigkeiten hatte. Da ich ihn, wie gesagt, zum erstenmal sah, habe ich keine hinreichenden Anhaltspunkte, wie sehr seine physische und psychische Verfassung von der subjektiven Normallage und von seiner Verfassung in der näheren Vergangenheit abwich. Ich hatte während des Gesprächs den persönlichen Eindruck, daß ihm vor allem die wochenlange Ungewißheit über seine Freilassung und der Wechsel der Hoffnung und Enttäuschung innerlich sehr zu schaffen machte...

Inhalt des Gesprächs:

„Terrorismus im Sinne der jetzigen brutalen Aktion gegen unbeteiligte Zivilisten hätten sie, die Häftlinge, nie gebilligt und billigten sie auch jetzt nicht. Die Bundesregierung müsse sich klar darüber sein, daß die jetzige zweite oder dritte Generation der RAF die Brutalität weiter verschärfen wird... Es sei Unsinn, daran zu glauben, sie hätten Aktionen aus den Zellen heraus gesteuert...

Wären sie, die Häftlinge, schon früher freigelassen worden, hätten sie mit Sicherheit die jetzige brutale Entwicklung verhindern können. Jetzt sei es spät, vielleicht zu spät; er glaube aber doch, daß ihr ideologischer Einfluß auf die jetzigen Terroristen ausreiche, um sie vom falschen Weg abzubringen. Allerdings seien ihnen die jetzt agierenden Leute kaum oder gar nicht persönlich bekannt.

Nach ihrer Freilassung würden sie ihre Zusage, in der Bundesrepublik Deutschland keine Anschläge mehr zu verüben, selbstverständlich halten. Er betonte nachdrücklich, daß sie natürlich auch im Ausland keine militärischen Aktionen, sondern nur zivile Operationen durchführen werden. Beispielsweise sei es für sie sehr wichtig, was im Zusammenhang mit dem Auslieferungsverfahren Pohle in Griechenland

politisch gelaufen sei. So etwas verstehe er unter einer zivilen Operation.“

\*

Am 12. September forderte ein anonymer Anrufer die Sekretärin des Flick-Managers Eberhard von Brauchitsch auf, einen für Brauchitsch bestimmten Brief im Düsseldorfer Parkhotel abzuholen. Dem Brief ist eine Tonband-Kassette beigelegt, die der entführte Schleyer an CDU-Chef Kohl gerichtet hat.

Auszüge:

„Die Situation, in der ich mich befinde, ist auch politisch nicht mehr verständlich. Dies veranlaßt mich, an meine politischen Freunde einen Appell zu richten...“

Wie stümperhaft das Ganze gemacht wurde, beweist der Ablauf des 5. September; und die Kenntnisse, die ich heute über die ungestörten, obwohl leicht erkennbaren Vorbereitungen besitze, zeigen mir, wie wenig die Verantwortlichen in Wirklichkeit über den Terrorismus wissen.

Man kann sich nicht nur auf Computer verlassen, man muß den Computer durch menschliche Gehirne speisen, wenn man richtige Erkenntnisse erwartet. Ich habe nie um mein Leben gewünselt. Ich habe immer die Entscheidungen der Bundesregierung, wie ich ausdrücklich schriftlich mitgeteilt habe, anerkannt. Was sich aber seit Tagen abspielt, ist Menschenquälerei ohne Sinn. Es sei denn, man versucht mit naiven Tricks Entführer zu fangen. Das wäre zugleich mein sicherer Tod...

Nachdem das Bundeskriminalamt, vor allem bei den vorbeugenden Maßnahmen, eindeutig versagt hat, die Bundesregierung sich offenbar nicht zum Handeln entschließen kann, der Bundeskanzler, dem ich am 23. August in einem von mir erbetenen Termin in Hamburg die tiefe Sorge der Wirtschaft über mangelhafte Sicherheitsmaßnahmen vorgetragen habe, ebenfalls keine Entscheidung trifft, ist es nunmehr Aufgabe der Opposition, die Verantwortlichkeiten klarzustellen und offenzulegen.

Ich bin nicht bereit, lautlos aus diesem Leben abzutreten, um die Fehler der Regierung, der sie tragenden Parteien und die Unzulänglichkeit des von ihnen hochgejubelten BKA-Chefs zu decken.“



**Generalbundesanwalt Rebmann**  
Warnung vor Revisionsgründen

was während der Nachrichtensperre als geheim galt, sollte dann dem Volk preisgegeben werden. Kanzler-Sprecher Klaus Bölling verhielt unzufriedenen Journalisten gar „eine Art positiver Revanche“: Wenn alles vorbei sei, würden die Bonner in einer minutiösen Dokumentation „ihre Bemühungen um die Freilassung von Hanns Martin Schleyer“ belegen.

Nach Schleyers Ermordung öffneten dann Bundeskriminalamt, Justiz- und Innenministerium sowie das Auswärtige Amt ihre Akten und schickten das Material an den Leiter der Inlandsabteilung des Bonner Presseamtes, Werner Müller. Am Mittwoch letzter Woche lag ein 472 Seiten starker Band auf dem Kabinettschreibtisch.

Schon nach der ersten Durchsicht erkannten die Akteure, um wieviel bequemer sich doch mit der Nachrichtensperre leben ließ. Kleinmütig mäkelte die Kabinettsriege dreieinhalb Stunden lang an dem Dokumentarwerk herum.

Allen voran nörgelte der Kanzleramtschef und Geheimdienst-Koordinator Manfred Schüler über die „unnütze“ Mitteilungsfreude: „Das ist eine Art von Exhibitionismus.“ Außenminister Hans-Dietrich Genscher meldete gravierende außenpolitische Bedenken an, die er in der Nacht zum Freitag seinem Kanzler im Detail vortrug: Alle Stellen müßten gestrichen werden, aus denen sich entnehmen ließ, wie ausländische Regierungen bei der „Lands-hut“-Entführung eingeschaltet waren.

Justizminister Hans-Jochen Vogel faßte seine Einwände in einem drei Meter langen Telex zusammen. Aus Karlsruhe kritisierte Generalbundesanwalt Kurt Rebmann, daß in der Dokumentation kriminalistische Mutmaßungen als erwiesene Tatsachen dargestellt seien. Dies könne von geschickten Anwälten in späteren Prozessen als Revisionsgrund ausgenutzt werden.

Die Führer der Opposition, im Krisenstab mit dabei, waren gegen jegliche Veröffentlichung. Durch Boten ließ CSU-Landesgruppenchef Friedrich Zimmermann dem Kanzler einen Brief zustellen, in dem der Christsoziale — auch im Namen der Unionsvorsitzenden Helmut Kohl und Franz Josef Strauß — „aus grundsätzlichen Erwägungen schwerwiegende Bedenken“ anmeldete. Wenn dennoch veröffentlicht werde, müsse die Opposition „auf folgenden Änderungen und Ergänzungen bestehen“ — und dann folgten auf drei Schreibmaschinenseiten zwölf Monita.

Die Unionschristen nahmen vor allem daran Anstoß, daß sie nicht gebührend gewürdigt würden. Unter Punkt eins beklagt sich Zimmermann beispielsweise: „Am Abend des 5. 9. 77 hat nicht nur der Bundeskanzler um 21.30 Uhr eine Erklärung für ARD und ZDF abgegeben, die auf Seite 17 abgedruckt ist, sondern ebenfalls der Oppositionsführer in den gleichen Medien. Seine Erklärung fehlt.“

Zimmermann forderte auch, ein Dokument in die Sammlung aufzunehmen, das der Regierung nicht gerade genehm ist: den Text eines für CDU-Chef Helmut Kohl bestimmten Tonbandes, in dem sich der gefangene Schleyer am 12. September über die Regierenden beschwert (siehe Kasten).

Der grundsätzliche Widerstand der Unionschristen gegen eine Veröffentlichung der Entführungsdetails brachte Kanzler Schmidt in Schwierigkeiten. Einerseits bekannte er noch Ende letzter Woche seinem Chef-Dokumentaristen Bölling, er halte prinzipiell an dem

## Baader - Meinungs Wie groß ist die Gefahr



**Bundesjustizminister Vogel**  
Drei Meter Einwände

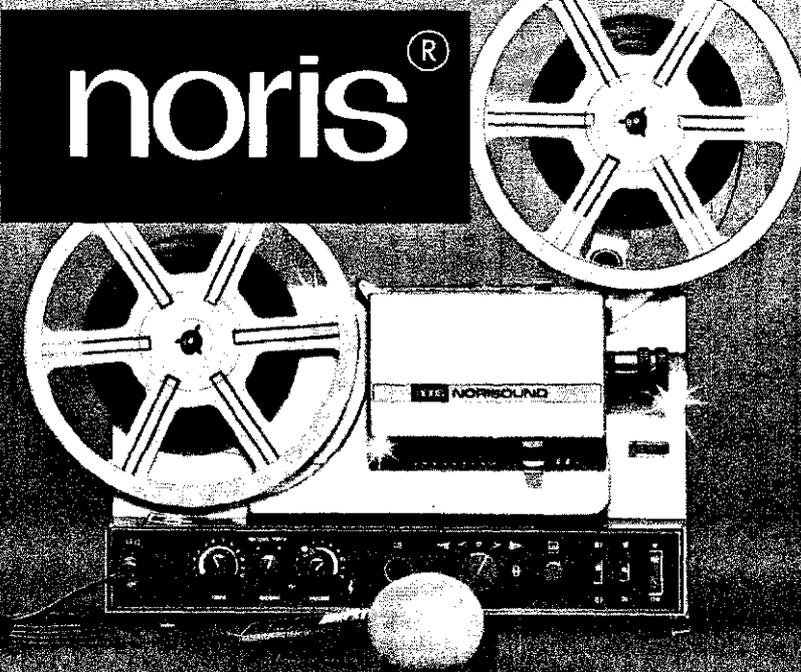


Wenn Tante Gertrud sich einen knallharten „Western“ zum Siebzigsten wünscht — soll sie ihn haben. Seit sie ihren NORIS hat, ist sie nicht mehr zu bremsen.

Das waren noch Zeiten. Unser stummer Verlobungsfilm hat Leben bekommen. Ein wenig Musik — ein paar nachträgliche Kommentare. Schon damals war's ein NORIS.

...unsere Hochzeit. Ein wundervoller Film. Das „Ja“ ist deutlich. Fehlt noch Musik für die stillen Passagen. Trommelwirbel für Vaters Rede. Jetzt ist's ja „unser“ NORIS.

Bei der Taufe unseres Enkels konnten wir nicht dabei sein. Heute kam der Film. Brüllen kann der Kleine. Wie der die Orgel übertönt. Gut, daß wir den NORIS haben.



Mit NORIS-Tonfilmprojektoren können Sie **Livetonfilme original** wiedergeben oder den **Livetonfilm überarbeiten** und mit Musik, Geräuschen und Spracheinblendungen ergänzen. **Stummfilme nachvertonen** Ihrer Phantasie sind keine Grenzen gesetzt — aber auch ganz einfach **gekaufte Spielfilme genießen** — natürlich auch mit Ton.

Ob Sie auf superleichte Bedienung Wert legen oder auf technische Perfektion mit allen denkbaren Raffinessen — NORIS hat's. 1- oder 2-Randspur-Magnetton, Cassette-Vertonung, Kombination Cassette/Randspur, Super 8, Normal 8, jetzt bringt NORIS sogar Stereo-Geräte für allerhöchste Ansprüche heraus — Ihr Fotofachhändler berät Sie gern, welcher NORIS-Projektor für Sie der richtige ist. Ganz gleich, welche Ausführung Sie wählen — bei allen garantiert NORIS superhelle Projektion, hervorragende Tonqualität, optimalen Ausstattungskomfort und die NORIS Super-Tricktechnik.

NORIS hat 70-jährige Erfahrung und baut heute in Deutschland die meisten Film-Projektoren. In Nürnberg konstruiert — in Nürnberg hergestellt!

Gehen Sie zu Ihrem Fotofachhändler oder fordern Sie direkt bei NORIS Prospekte mit detaillierten Informationen an. Überzeugen Sie sich selbst!  
NORIS-PROJEKTION GmbH  
Postfach 170/107 8500 Nürnberg

**COUPON**

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Ort \_\_\_\_\_

- Wünsche Prospekt-Information über NORIS Projektoren  
 Wünsche Prospekt-Information über NORIS Ton-Kameras

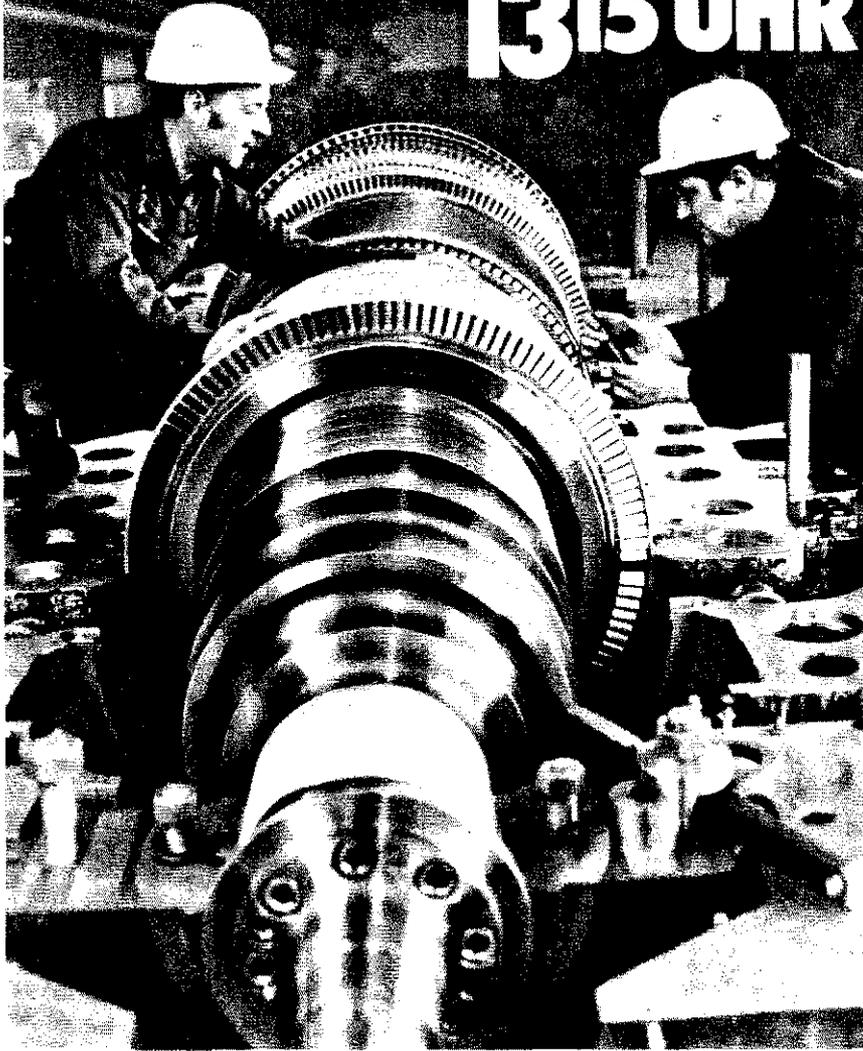
**noris**®

Wir bauen in Deutschland die meisten Film-Projektoren

SP

**Es gibt nichts Besseres für Ihren Film.**

# BERLIN-TIERGARTEN 1315 UHR



## Das Turbinenherz ist fertig

Zusammen mit anderen Turbinen aus der Produktion der Kraftwerk Union (KWU) wird dieser Läufer schon bald Licht für die Welt erzeugen. Denn Gas- und Dampfturbinen aus Berlin laufen nicht nur in jedem zweiten deutschen Kraftwerk, sondern auch im Vorderen Orient, in Brasilien und in Hendrina, dem größten Kraftwerk Afrikas.

Know-how und Leistungsfähigkeit der Berliner Wirtschaft sind in der ganzen Welt geschätzt, und »made in Germany« ist in vielen Ländern gleichbedeutend mit Firmen, die in Berlin produzieren, wie Siemens, Eternit, SEL, Melitta, Schering, Zeiss Ikon, Ormig, OK Orenstein & Koppel, Osram, Daimler Benz, BMW, Gillette und Borsig.

Und von den vielfältigen Vergünstigungen des Berlin-Förderungs-Gesetzes profitieren mehr als 3000 Berliner Industriebetriebe.

Denn in Deutschlands größter Industriestadt arbeiten internationale Konzerne ebenso erfolgreich wie neu angesiedelte Betriebe im mittelständischen Bereich. Über Investitionshilfen und andere Angebote in Berlin informiert und berät Sie der Senator für Wirtschaft, Martin-Luther-Straße 105, D-1000 Berlin 62, Telefon: (030) 783 81 57, Telex: 01-83 798.

**investieren –  
produzieren in Berlin**

im Parlament abgegebenen Versprechen fest, die Öffentlichkeit umfassend aufzuklären; zum anderen sah sich der Kanzler gezwungen, die Einwände der Opposition im wesentlichen zu berücksichtigen.

Schmidt kann die CDU/CSU nicht verprellen, weil er ihre Hilfe wahrscheinlich noch braucht. Denn der Regierungschef ist sicher, daß neue Anschläge der Terroristen ihn schon bald wieder in den großen Krisenstab mit der Opposition zwingen.

So schrumpfte die Fleißarbeit um 109 Seiten. Doch selbst die gereinigte Fassung, die am vorigen Freitag den Beteiligten zur endgültigen Begutachtung vorgelegt wurde, hellt noch das Nachrichtendunkel auf. Chronologisch wird die Schleyer-Tragödie vom „Überfall“, dem ersten Kapitel, bis zur „Ermordung“, dem letzten Abschnitt, dokumentarisch nacherzählt.

Erstmals erfahren die Bundesdeutschen genau, was die Stammheimer Gefangenen vor ihren Selbstmorden Bonner Beamten mitteilten. Erstmals auch werden die Motive der Regierung für das Kontaktsperre-Gesetz klar: Andreas Baader, so wird belegt, stand in Verbindung mit Schleyers Entführern, er kannte das Code-Wort, das den Terroristen die Ankunft in dem von den Stammheimern gewünschten Zielland signalisieren sollte. Originalton der Entführer in einem Telefonat:

Sobald die Gefangenen ihr Flugziel erreicht haben, wird Andreas Baader... einen Satz sagen, der ein Wort enthält, der dem Kommando... erlaubt zu identifizieren, ... daß sie gut angekommen sind, damit Schleyer freigelassen werden kann.

Darüber hinaus hatten Vollzugsbeamte in Berlin-Moabit die dort einsitzenden Anarchistinnen Monika Berberich und Ilse Jandt beim Freigang belauscht, als die Damen über ihre baldige Freilassung nach einem neuen Anschlag in Holland spekulierten.

Wenig später wurde in Utrecht Knut Folkerts gefaßt, als er — wie BKA-Leute glauben — eine zweite Entführung vorbereitete. In Den Haag fand die Polizei eine Villa, die von der gesuchten Angelika Speitel, offenbar als Versteck, gemietet worden war.

Zugleich belegt die Dokumentation aber auch, daß die Kontaktsperre in der Praxis ohne Wirkung blieb — zumindest was die Kommunikation der Gefangenen untereinander angeht. Denn als am 9. Oktober ein BKA-Beamter mit Gudrun Ensslin in Stuttgart-Stammheim redete, wußte die isolierte Inhaftierte exakt über ein siebenminütiges Gespräch Bescheid, das der BKA-Mann tags zuvor mit Andreas Baader geführt hatte.

Wie abgesprochen wirkt auch, was die drei Terroristen dem Kriminaler in Einzelgesprächen mitzuteilen hatten — alles düstere Drohungen und dunkle Andeutungen darüber, daß sie Kanzler

Schmidt die Entscheidung aus der Hand nehmen wollten, „als Entscheidung über uns“ (Gudrun Ensslin).

Das Thema Selbstmord wurde sogar konkret angesprochen. Als Jan-Carl Raspe gefragt wurde, ob sich ein Gefangener nach dem Vorbild Ulrike Meinhofs selbst töten wolle, erwiderte Raspe: „Ich weiß nicht.“

Welche Folgerungen die Bonner Akteure aus diesen Berichten ziehen, läßt die Dokumentation offen. Und daß im Krisenstab überhaupt Beschlüsse gefaßt wurden, geht nur aus knappen Sätzen hervor, etwa, daß vom BKA bei Rechtsanwalt Denis Payot wieder eine Mitteilung hinterlegt worden sei. Ausgespart wurde sogar, daß Payot allein für derlei Tätigkeiten im September einen Honorarvorschuß von 130 000

## SOMALIA

### Seite des Verlierers

**Die massive Hilfe, mit der Bonn Somalia unterstützen will, wirft auch Probleme auf: Die Somalier gelten in Afrika als Aggressor.**

Staatssekretär Klaus Bölling hat an seinem Chef eine auffallende Veränderung festgestellt. Stand Bundeskanzler Helmut Schmidt deutscher Entwicklungshilfe für die Länder der Dritten Welt bislang eher skeptisch gegenüber, so ist der Regierungschef seit 14 Tagen bereit, die Bonner Kasse weiter als bisher zu öffnen.

Die Wende kam, als die somalische Regierung den Einsatz der GSG-9-Spe-

Entsprechend spärlich fiel die Bonner Entwicklungshilfe aus. Das von 1976 bis 1978 laufende Abkommen sieht Lieferungen in Höhe von sechs Millionen Mark vor, darunter BMW-Motorräder, Lieferwagen und ähnliches Gerät für die somalische Polizei; für 1977 sind knapp elf Millionen Mark für Kapital- und technische Hilfe veranschlagt.

Nun wollen die Bonner klotzen. In Hans-Dietrich Genschers Auswärtigem Amt gehen die Beamten davon aus, daß sich die Hilfe der Bundesrepublik an das 3,2-Millionen-Einwohner-Land mindestens verzehnfachen wird.

Die Somalier haben Schmidts Angebot zu engerer Zusammenarbeit bislang noch nicht mit konkreten Wünschen beantwortet; sie verhalten sich ganz anders als etwa ihre arabischen Glaubensbrüder, die nach Meinung eines Genscher-Beamten „sofort mit beiden Füßen auf eine solche Offerte draufgesprungen wären“.

Einem dringenden Wunsch der Somalier will die Bundesregierung freilich auch jetzt nicht nachkommen: Bonn wird weder Waffen liefern noch Geld für Kriegsgerät spenden.

Die Geldspritze soll nur für friedliche Zwecke verwendet werden, für die Mechanisierung der Landwirtschaft etwa oder für Bewässerungsanlagen; keinesfalls aber sollen die Somalier mit deutschem Geld Waffen für ihren Konflikt mit dem benachbarten Äthiopien kaufen dürfen.

Auch ohne Waffenhilfe ist ein erheblich verstärktes westdeutsches Engagement in Somalia problematisch genug. Denn seit die von Mogadischu unterstützten Guerrillas der Westsomalischen Befreiungsfront in Äthiopien massiv angreifen, um die äthiopische Provinz Ogaden in ein Groß-Somalia heimzuholen, gilt Somalia als Aggressor, der gegen die Charta der Organisation für afrikanische Einheit (OAU) verstößt: Die afrikanischen Staaten haben sich darauf geeinigt, daß die noch von den Kolonialherren festgelegten Staatsgrenzen nicht angetastet werden dürfen. Wird dieser Grundsatz aufgehoben, so fürchten auch Bonner Afrika-Experten, droht dem Kontinent bald ein blutiges Chaos.

Doch nicht nur das innerafrikanische Gleichgewicht wird durch den neuen Bonner Freundschaftsstaat tangiert, auch die Supermacht Sowjet-Union ist betroffen.

Seit dem Ogaden-Konflikt hat Moskau seine Unterstützung für Mogadischu eingestellt, hält aber weiter den mit mindestens 2000 sowjetischen Militärs und Technikern besetzten Stützpunkt Berbera als Basis für die Rote Flotte, die im Indischen Ozean operiert.

Während die Sowjet-Union, die DDR und Kuba massiv das Regime in Addis Abeba aufrüsten, während die



Botschafter Bokah, Kanzler Schmidt, Ehefrau Loki: Bonner Füllhorn über Somalia

Schweizer Franken gefordert und erhalten hat.

Keinen Aufschluß gibt die Datensammlung der Bundesregierung auch darüber, ob der Krisenstab jemals eine Grundsatz-Entscheidung für die Staatsräson und gegen den Austausch der Häftlinge getroffen hat. Diese Frage, so versichern Teilnehmer an den Dauerkonferenzen, habe Schmidt nie gestellt. Er war sich des stillschweigenden Einvernehmens aller Hauptbeteiligten, auch der Opposition, sicher, daß nicht nachgegeben werden dürfe.

Keinen Zweifel gab es für ihn auch an der Konsequenz: Hätte sich die Mehrheit des Krisenstabes gegen den Kanzler für einen Austausch ausgesprochen und wäre dann die Geiselfreiung in Mogadischu mißglückt, wäre Helmut Schmidt noch in derselben Nacht zurückgetreten.

zialisten auf dem Flugplatz ihrer Hauptstadt gestattete. Bölling: „Für Schmidt wurde Mogadischu zum Damaskus.“

So wird sich das Bonner Füllhorn zunächst über den hilfreichen Wüstenstaat ergießen, der bislang als Stiefkind der deutschen Entwicklungshilfe galt.

Das sozialistische, jahrelang von der Sowjet-Union alimentierte Regime des Siad Barre war den Bonnern höchst suspekt. Ein AA-Diplomat erinnert sich: „Wir haben uns immer sehr über die Somalier geärgert. Bei allen internationalen Konferenzen stimmten die immer gegen uns.“

Bonn hielt die Beziehungen kühl: Als einzige Auslandsvertretung in Mogadischu ist die deutsche Mission seit Monaten ohne Botschafter, und nie ließ sich ein Minister in Somalia blicken, allenfalls mal ein Staatssekretär.